

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/3

Bonn, den 4. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	"Spieglein, Spieglein an der Wand..." ----- Notwendige kritische Selbstbetrachtung Von Günter Markscheffel	100
2	"Unser ganzer Kontinent" ----- Frankreichs Aussenpolitik 1963 Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	38
3	Schröders Mission ----- Zur England-Reise des Aussenministers am 7. Januar	44
4 - 5	"Kompromiß- und Verhandlungsbereitschaft" ----- Wie Pankow sie sieht Von Eberhard Zachmann, Berlin	78

Chefredakteur Günter Markscheffel

"Spieglein, Spieglein an der Wand ..."

Notwendige kritische Selbstbeleuchtung

G.M. - Der wohl angesehenste Auslandskorrespondent einer westdeutschen Zeitung von Weltruf hat dieser Tage die Frage untersucht, warum man uns Deutschen selbst im befreundeten Ausland mit Neid, Misstrauen und Angst begegnet. Die Bilanz dieses Mannes, der auf eine jahrelange und hervorragende Auslandskorrespondenten-Tätigkeit zurückblicken kann, ist erschreckend. Trotz unserer Leistungen und trotz des guten Bündnisverhältnisses zur freien Welt kommt der Verfasser des Artikels zu dem Ergebnis, dass wir Deutschen in den kommenden Jahren noch viel Bescheidenheit, viel Zurückhaltung und Achtung vor dem eigenen wie vor fremdem Recht, zeigen müssten, bis das einmal entstandene Misstrauen ganz überwunden ist.

Nun sind zwar viele der Leute, die über uns urteilen und Misstrauen uns gegenüber hegen, auch nicht immer sehr fein; sie benutzen sogar nicht selten östliche Propagandaschlager, um ihr eigenes Urvermögen, ein richtiges Verhältnis zu den ungelösten deutschen Problemen zu finden, in eine ihnen genehme Schablone einfügen zu können. Das alles enthebt uns jedoch nicht der Aufgabe einer kritischen Selbstbeleuchtung.

Zu unserem Glück nicht veröffentlichte Reportagen

Wie sehr man unser Tun und Lassen beobachtet, mögen einige Beispiele zeigen.

Im vergangenen Jahr hat eine grosse englische Zeitung sieben Reporter in die Bundesrepublik entsandt, um festzustellen, wie viele deutsche im "Dritten Reich" kompromittierte Richter von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, unter Beibehaltung ihrer Pensionsansprüche selbst ihr Abschiedsgesuch einzureichen. Es war schon nicht leicht, die richtige Zahl der betreffenden Richter zu finden; noch schwieriger war es jedoch für die Reporter, die Gründe festzustellen, warum eine grosse Anzahl von Richtern - von denen die betreffenden Reporter Namenslisten hatten - nicht von der Möglichkeit der vorzeitigen Pensionierung Gebrauch gemacht hat. Zu unserem Glück verzichtete die betreffende Zeitung auf die Veröffentlichung des Berichtes ihrer Reporter; sie stellte ihn diskret dem Auswärtigen Amt zur Verfügung.

Eine grosse jüdische Organisation in den USA hat vor zwei Jahren anlässlich einer internationalen Konferenz prüfen lassen, wer von der offiziellen und offiziellen deutschen Delegationsmitgliedern auch unter Hitler in amtlicher Stellung war. Die gleiche Organisation hat bei einer ähnlichen Gelegenheit festzustellen versucht, welcher von den euren hohen deutschen Staatsmann begleitenden Journalisten nicht auch für den Unrechtsstaat Hitlers geschrieben hat.

Auch in diesen beiden Fällen können wir von Glück reden, dass die Berichte nicht veröffentlicht wurden.

Globeke im befreundeten Ausland

Als Dr. Adenauer im vergangenen Jahr seinen Staatsbesuch in Frankreich machte, wurde der französischen Presse eine Namensliste der Begleiter des Bundeskanzlers übergeben. An dritter Stelle dieser Liste

stand der Name des Staatssekretärs Dr. Hans Globke! Es bedurfte einer massiven Intervention eines ehemaligen gaullistischen Ministerpräsidenten, um dem Auswärtigen Amt in Bonn begreiflich zu machen, dass eine solche Begleitung für den Bundeskanzler nicht gerade das Ansehen der jungen deutschen Demokratie fördere.

Staunen und Verwunderung

Von der sogenannten Spiegel-Affäre, die ja wohl bald keine mehr sein wird, wollen wir gar nicht reden. Aber es gibt noch einige andere Vorgänge, die im Ausland bekannt sind und die es selbst unseren besten Freunden schwer machen, ihr Vertrauen zur deutschen Demokratie durch nichts erschüttern zu lassen. So kann man in den letzten Tagen in der gesamten Auslandspresse herbe Kommentare über das merkwürdige Urteil des Dritten Senats beim Bundesgericht zur "Rechtfertigung" des milden Urteiles gegenüber dem sowjetischen Mörder Staschynskij lesen. Man fragt sich silenthaltend, ob die Feststellung, dieser Mörder sei deswegen nicht so schwer zu bestrafen, weil er nur als verlängerter Arm einer höheren Befehlsstelle gehandelt habe, nicht eine Vorbereitung für die Reinwaschung der zahlreichen Massenmörder sei, die gerade jetzt wegen der Judenvernichtungen vor deutschen Gerichten stehen. Die haben nämlich auch meist nur als "verlängerter Arm einer höheren Befehlsstelle" gemordet.

Interessant ist, dass zahlreiche Zeitungen des uns befreundeten Auslands bei den Prozessen gegen die Judenmörder jetzt weniger - wie beim Eichmann-Prozess - die schrecklichen Tatbestände aufzählen, sondern mit Entsetzen und Erstaunen darauf verweisen, dass die meisten Angeklagten jahrelang unbehindert eine sogenannte gutbürgerliche Existenz in zum Teil hochbezahlten Stellungen führen konnten.

Grundstückskäufe

Weniger aufregend, aber doch das Misstrauen und vielleicht auch den Evidenz gegenüber erklärend, sind die zahllosen Grundstückskäufe deutscher Bundesbürger im Ausland. Im Jahre 1961 haben an die tausend Bundesbürger bei den Grundstücksmaklern in der Nähe eines herrlichen Sees eines unserer Nachbarländer Grundstücke zu erwerben versucht - gegen Bargeld! - bei denen der Quadratmeterpreis um erschlossenes Baugelände zwischen 80 und 120 Mark liegt. Nun ist das sicher keine Schande, aber doch fragt man sich im Ausland, ob es mit rechten Dingen zugeht, wenn die sogenannte Oberschicht eines Volkes, das in zwei Generationen nicht etwa drei Weltkriege gewonnen, sondern zwei verloren hat, so mit dem Geld um sich werfen kann, während man täglich in den deutschen Zeitungen liest, dass es an Geld für den Bau von Schulen und Krankenhäusern mangelt.

* * *

*

Der Artikel in der erwähnten Weltzeitung erschien unter der Überschrift "Im Blickpunkt der anderen". Es ist gut, dass wir aus Anlass einer solchen Veröffentlichung den Blick auch auf uns selbst richten. Denn: "Spiegeln, Spiegeln an der Wand ..."

+ + +

"Unser ganzer Kontinent"

Frankreichs Aussenpolitik 1963

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Ein einziger, aber inhaltsschwerer Satz in de Gaulles Neujahrsbotschaft wurde kaum beachtet, ist aber doch von weittragender Bedeutung. Der französische Staatspräsident sagte:

"Es geht z u e r s t um die Einheit Westeuropas, um seine Wirtschaft, Politik, Verteidigung und Kultur, wodurch ein G l e i c h g e w i c h t mit den Vereinigten Staaten hergestellt und somit die Allianz der freien Welt gestärkt wird; um die Bereitschaft, in Zukunft ein England aufzunehmen, das sich ohne Vorbehalte und endgültig (an Westeuropa) anschliessen könnte und wollte; darauf hinzielend, mit den Ländern des O s t e n s , wenn sie eines Tages zur großen Entspannung kämen, den Frieden und das Leben unseres g a n z e n Kontinents zu organisieren."

Zerlegt man diesen wohlüberlegten und programmatischen Satz in seine Bestandteile, so ergibt sich:

1. ein formelles Bekenntnis zur Einheit Westeuropas (diesmal ohne die übliche Erwähnung der besonderen deutsch-französischen Freundschaft), nicht als Anhängsel zu den Vereinigten Staaten, sondern selbständig und ausdrücklich im G l e i c h g e w i c h t zu ihnen.
2. Großbritannien k a n n sich in einer nicht fixierten Zukunft diesem zur Zeit stark unter de Gaulles Führung stehendem Westeuropa anschliessen, aber wohlgedenkt, "ohne Vorbehalte und endgültig".
3. Das eigentliche Ziel bleibt - und das ist zweifellos das wichtigste Element im aussenpolitischen Konzept des französischen Präsidenten - die Verständigung mit Osteuropa, in Erwartung der "grossen" Entspannung zwecks gemeinsamer Organisation "des Friedens und des Lebens unseres ganzen Kontinents". Daß die Lösung des deutschen Problems bei Anerkennung der Oder-Neisse-Linie hier mit eingeschlossen liegt, versteht sich von selbst.

Die Formel "unser ganzer Kontinent" ist eine Neuauflage der Idee des "Europa vom Atlantik bis zum Ural". De Gaulles Hoffnung, Moskau werde unter dem Druck der Verhältnisse von Peking abrücken und sich Westeuropa nähern, ist heute keine Phantasie mehr, sondern aktuell. Man wird gut tun, alle taktischen Schritte der gaullistischen Aussenpolitik in dieser strategischen Perspektive zu sehen.

Schröders Mission

ler - Die Verhandlungen über den Beitritt Grossbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ziehen sich hin. Schon ist kostbare Zeit vertan worden, mehr darf nicht verlorengehen. Deshalb ist es gut, dass Aussenminister Schröder als Ziel seiner ersten Auslandsreise in diesem Jahr London wählte, wo er am 7. und 8. Januar mit maßgebenden britischen Politikern Besprechungen über eine Beschleunigung des Beitritts Englands führen wird.

Von Schröder ist in dieser Hinsicht Aufgeschlossenheit und Unvoreingenommenheit zu erwarten. Er denkt weder doktrinar, noch lässt er sich im Sinne einer Ideologie der "Abendländer" festlegen. Und es kommt sehr viel darauf an, wohin der Einfluss Bonn tendiert. Den Briten den Weg nach Europa zu erleichtern, liegt nicht nur im deutschen Interesse; es liegt im allgemeinen Interesse der westlichen Welt, die sich gegenüber der Dynamik des Ostblocks nur behaupten kann, wenn sie den Mut und die politische Kühnheit hat, nationale Sonderbelange den Notwendigkeiten des Ganzen unterzuordnen. Darunter brauchen unsere besonderen Beziehungen zu Frankreich nicht zu leiden. Die deutsch-französische Verständigung, kostbarste Errungenschaft der Nachkriegszeit, darf niemals Selbstzweck sein, sie muss eingebettet werden in den Bau eines grösseren Europa, der nach Möglichkeit alle freien Völker unter seinem Dach vereint. Diese Einigung Europas liegt heute in greifbarer Nähe. Sie ist kein Traum, keine unerfüllte Sehnsucht mehr. Freilich - und wer vermag es nicht zu sehen - ergeben sich noch mächtige Schwierigkeiten, begründet in tiefverwurzelten Ressentiments, nationalen Prestigedenken und auch in der Furcht, unbekanntes Neuland zu beschreiten.

Grossbritannien ist heute entschlossen, sich politisch und wirtschaftlich mit Europa zu vereinigen. Dies ist der Ausgangspunkt, an dem sich alle Überlegungen zu orientieren haben. Das vergangene Jahr hat zwar gewisse Annäherungen der gegenseitigen Standpunkte und Interessen gebracht, doch ein grosser entscheidender Sprung ist nicht gelungen. Vielleicht lag es auch daran, dass die Bonner Europapolitik in ihren Konturen nicht immer klar erkennbar war und unterschiedliche Interpretationen zulies. Ein nicht zu übersehendes Faktum bleibt jedoch der Wille aller im Bundestag vertretenen Parteien, auf den baldigen Beitritt Grossbritanniens zur EWG hinzuwirken. Daraus resultiert die Verpflichtung der gegenwärtigen Bundesregierung, ihm durch positive und richtungweisende Schritte Rechnung zu tragen.

Wir sind gewiss, dass Aussenminister Schröder als realistischer und flexibler Mann britischen Klagen, Beschwerden und Sonderwünschen, soweit sie sich mit der Zielsetzung der EWG vereinbaren lassen, Verständnis entgegenbringt, aber auch Lösungsvorschläge bereit hält. Die Zeit drängt, sie verträgt keine Versäumnisse mehr. Jeder Stillstand in der Europapolitik bedeutet für die Sowjets ein unerwartetes und willkommenes Geschenk.

"Kompromiß- und Verhandlungsbereitschaft"

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Wer zu hoffen wagte, Ulbricht werde nach seinen Erklärungen, die er Ende des vergangenen Jahres über eine "Kompromiß- und Verhandlungsbereitschaft" der Ostberliner Regierung in Fragen der deutschen Politik abgegeben hatte, zu einem echten Abbau der Spannungen bereit sein, sieht sich heute schon eines anderen belehrt. Bereits am 3. Januar dieses Jahres veröffentlichte in "Neues Deutschland" der ideologische Chef-Kommentator der SED, Dr. Kertzscher, einen fast ganzseitigen Artikel unter der Überschrift "Kompromiss in Deutschland", in dem von einer Kompromißbereitschaft auch nicht die leiseste Spur vorhanden ist. Auch die Zeitungen der Ostberliner Satellitenparteien warteten unter dem Stichwort "Entspannung" mit den gleichen Argumenten auf.

Stichwort: "Konföderation der beiden deutschen Staaten"

Als "Kompromiß" im Zeichen der "friedlichen Koexistenzpolitik" wird das keineswegs neue kommunistische Programm einer "Konföderation zwischen den beiden deutschen Staaten" offeriert, der sich auch als dritter Partner die "freie Stadt Westberlin" anschliessen könnte. Mit keinem Wort wird davon gesprochen, daß diese zur Zeit einzig mögliche "Form des vernünftigen Zusammenlebens" von sowjetischer Seite auch nur von Anfängen einer Liberalisierung der Zustände östlich der Elbe begleitet sein soll.

"Souveränität"

Die Hauptpunkte der von Ulbricht vorgeschlagenen "Konföderation" und des angebotenen "Kompromisses" sind "Gleichberechtigung und gegenseitige Achtung der Souveränität sowie der Gesellschaftsordnung" im anderen Teil Deutschlands, "Anerkennung der Grenzen" und "gegenseitige Anerkennung der Reisepässe". Im letzteren Fall stünde einem "normalen Reiseverkehr nichts mehr im Wege".

Die als "Kompromißbereitschaft" offerierten Forderungen Ulbrichts sollen jede Kritik an der der Zonenbevölkerung aufgezwungenen kommunistischen Gesellschaftsordnung als "Mißachtung der Souveränität" verbieten. "Neues Deutschland" nennt dies eine "Beseitigung der Einrichtungen des Kalten Krieges", der - auch heute noch von Bonn betrieben - eine "Störung der familiären und freundschaftlichen Verbindungen und menschliche Härten mit sich bringt".

Selbstbestimmungsrecht ? - "Alte Platte"

Diese perfide Interpretation von Ulbrichts "Kompromißbereitschaft", die von neuem den Versuch unternimmt, die Schuld für das von Pankow seit dem 13. August 1961 erlassene totale Reiseverbot nach Westdeutschland den "Bonner Imperialisten" in die Schuhe zu schieben, findet in

der Kommentierung der "Konföderationspläne" durch die Ostberliner Presse eine Parallele in der Behauptung, die westlichen Forderungen nach "Wiedervereinigung und Gewährleistung eines unabhängigen nationalen Lebens seien Demagoger-Sprache und bedeuteten Konterrevolution und Unterwerfung der DDR unter den Imperialismus".

Die Ostberliner CDU-Zeitung "Neue Zeit" spricht von der "alten Platte des Selbstbestimmungsrechts", die sie als ein Zeichen für "mangelnden Realismus und eine Imponderabilia aus der Mottekiste der Politik der Stärke" bezeichnete.

Kommunismus für ganz Deutschland

Die Pankower Kommentatoren sind jedoch brutal genug, zuzugeben, daß die von Ulbricht vorgeschlagene "Konföderation" nur als ein Zwischenstadium für die Sowjetisierung ganz Deutschlands betrachtet wird. "Man darf sich die Konföderation nicht als einen ewigen, gleichbleibenden Zustand denken, sie wird eine Bewegung mit dem Ziel der Einheit sein", heißt es im SED-Zentralorgan. Und weiter steht zu lesen: "Der Sozialismus ist die Zukunft des ganzen deutschen Volkes". Der gegenwärtige Zustand sei dadurch gekennzeichnet, daß die westdeutsche Arbeiterklasse noch nicht in der Lage ist, auch in Westdeutschland die demokratische und sozialistische Umwälzung zu vollziehen".

Es ist nichts weiter als ein Griff in die Mottekiste kommunistischer Propagandatricks, die konsequente Ablehnung des von Ulbricht praktizierten "Sozialismus" durch die in den Reihen des demokratischen Sozialismus vereinte westdeutsche Arbeiterschaft so hinzustellen, als ob die Arbeiter in der Bundesrepublik nur durch Gewalt daran gehindert werden, zu den Fahnen Ulbrichts zu eilen. Die Tausende Opfer, die die Sozialdemokraten unter dem Terrorregime der SED bringen mußten und die ihnen auch heute noch auferlegt sind, bleiben die eindeutige Antwort auf diese Lügenmanöver.

Westdeutsche Kapitalisten mit Sarthandschuhen angefasst

Eine grössere Attraktivität als bei den Arbeitern verspricht sich die SED mit ihren "Kompromiß-Vorschlägen" offenbar bei den Vertretern des westdeutschen Bürgertums, soweit sie mit Industrie und Handel zu tun haben. Nach einem Hinweis auf die Vorzüge, die eine "Konföderation" auch für die Handelsinteressen der Bundesrepublik mit sich bringt, heißt es im "Neues Deutschland" wörtlich: "Die Kapitalisten - nicht als Klasse, aber als Personen - werden einen annehmbaren Weg in das sozialistische Zeitalter finden können". Nach der Behauptung, die privaten Unternehmer der Zone hätten den "Weg der Einordnung in den Sozialismus beschritten und seien mit ihrer Lage zufrieden", wird den westdeutschen Kapitalisten bei einer Annahme des Ulbrichtschen Konföderationsplans versprochen, "für sie könnte das Problem des Übergangs in den Sozialismus vielleicht sogar noch umfassender und großzügiger gelöst werden".